

Auswirkungen der PEIMAN-Abstellungen im Direktorium

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06386

Bekanntgabe in der Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 11.05.2022 Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Zusätzlich zur seit über zwei Jahren anhaltenden Coronakrise und den damit erforderlichen Peiman - Abstellungen aus den Referaten wurde aufgrund der Ukraine-Krise die Quote für die Abstellung von Mitarbeiter*innen erhöht. Konkret bedeutet dies im Direktorium, dass statt bisher 33 jetzt 50 Dienstkräfte zur Verfügung gestellt werden müssen, dies entspricht bei einer Beschäftigtenzahl von ca. 530 Dienstkräften, inkl. der Beschäftigten in den Bürgermeisterbüros, einem Prozentsatz von knapp 10 %. Zudem müssen einzelne Bereiche, wie z.B. das Statistische Amt (Durchführung der Pflichtaufgabe ZENSUS in 2022) derzeit von Abstellungen für PEIMAN ausgenommen werden, was zu entsprechend höheren Abstellungszahlen der anderen Bereiche führt.

Die Situation der verschiedenen Dienststellen wird im folgenden dargestellt:

Statistisches Amt

Aufgrund des unmittelbar bevorstehenden Beginn des Zensus 2022 ist das Statistische Amt stark belastet. Zumal die beantragten und eigentlich dringend erforderlichen zusätzlichen Personalressourcen für den Zensus aufgrund von Abordnungen für die Corona-Pandemie und die Flüchtlingskrise seitens des Personal- und Organisationsreferates nicht zur Verfügung gestellt werden können. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass die Erhebung der Daten für den Zensus nur eingeschränkt vorgenommen werden und somit die Bevölkerungszahl für die Stadt München ggf. nicht korrekt ermittelt werden kann, mit all den finanziellen und rechtlichen Konsequenzen, die an die amtliche Einwohnerzahl geknüpft sind. Um dieses Risiko möglichst gering zu halten, kann das Statistische Amt in den nächsten Monaten außerhalb des Zensus ebenfalls nur einen Notbetrieb aufrecht erhalten. Daher wird es zu Verzögerungen bei der Aktualisierung der Datenbestände, zu Engpässen bei der Beantwortung von Anfragen und bei Datenlieferungen, bei der Durchführung von Umfragen und anderen Service-Leistungen für die städtischen Referate und bei der Aufrechterhaltung des 24/7-Betriebs des zentralen Daten- und Informationssystems ZIMAS kommen.

Stadtarchiv

Das Stadtarchiv muss aufgrund der Peiman-Abordnungen bis auf Weiteres seine archivische Tätigkeit (Bewertung, Übernahme, Ordnung, Erschließung und Bereitstellung von Archivgut) einschließlich der digitalen Langzeitarchivierung, der Beratungsleistung bei der stadtweiten Einführung der E-Akte, der archivischen Öffentlichkeitsarbeit und der konservatorischen Beständebetreuung weitgehend einstellen.

Aufrechterhalten werden muss und kann nur ein Notbetrieb des Lesesaals, da ansonsten gegen die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 GG) verstoßen würde. Das Gleiche gilt auch für einen Notbetrieb bei der Beantwortung von wissenschaftlichen Anfragen. Zudem gibt es Anfragen rechtlicher Natur (Erbenermittlung, Ermittlung von Angehörigen bei dringenden Bestattungsfällen), die keinen Aufschub dulden und beantwortet werden müssen. Des Weiteren kann derzeit nicht auf den Magazin- und Servicedienst verzichtet werden, da das Stadtarchiv Sammelstelle für den südbayerischen Raum im Rahmen der bundesweiten Nothilfe für den Kulturgutschutz in der Ukraine ist und in der nächsten Zeit beständig Hilfsgüter für die Ukraine angeliefert und abtransportiert werden.

Abteilung Zentrale Verwaltungsangelegenheiten (ZV)

Die Abteilung ZV ist nicht nur von den Personalabstellungen durch Peiman betroffen, sondern zudem mit der Verwaltung des städtischen Spendenkontos für die Ukraine betraut und steht hierzu in regelmäßigem Austausch mit der Partnerstadt Kiew, diversen Vereinen und Organisationen, um die Spendenmittel bedarfsgerecht einzusetzen. Da bei Hilfsgütern für die Ukraine neben der Beschaffung auch immer der Transport nach Kiew organisiert werden muss, ist hier ein erheblicher Arbeitsaufwand gegeben. Daher wird es auch bei ZV zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Stadtratsanfragen- und Anträgen kommen. Ebenfalls ist in den nächsten Monaten die Weiterentwicklung des Konzepts zur Öffentlichkeitsbeteiligung nur sehr eingeschränkt möglich.

Zentraler Telefonservice (ZTS)

Obwohl der ZTS die erste telefonische Anlaufstelle für die Bürgerschaft bei allen Fragen zur Stadtverwaltung ist, werden auch von dieser Dienststelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Peimaneinsatz zur Verfügung gestellt. Dieses führt automatisch zu etwas längeren Wartezeiten für die beim ZTS Anrufenden, da weniger Personal zur Verfügung steht. Damit verschlechtert sich die Erreichbarkeit etwas. Allerdings wird selbstverständlich darauf geachtet, die Erreichbarkeit weiterhin in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Eine weitere Reduzierung des Personals des ZTS zugunsten eines Peimaneinsatzes wird daher nur im Notfall erfolgen.

Geschäftsleitung

Aus dem Bereich des Geschäftsprozess- und Anforderungsmanagements (D-GL3, GPAM) werden trotz bereits bestehender personeller Unterdeckung mehrere Kolleg*innen für einen Peimaneinsatz zur Verfügung gestellt. Dies führt zu einer Einschränkung im Projektfortschritt "Einführung der E-Akte im Direktorium". Beim Thema „Ehrenamtskarte/München dankt!“ kann die Übergangslösung für die beiden Formulare ggf. nicht produktiv gesetzt werden, so dass eine Meldung unserer Bürgerschaft an den Fachbereich nicht über ein Online-Formular getätigt werden kann. Die Bearbeitung diverser IT-Anforderungen stagniert weiter, so dass sich in der Folge der bereits bestehende Umsetzungsstau zunehmend vergrößert.

Im IT-Controlling erfolgen qualitativ geminderte Zulieferungen an das zentrale IT-Controlling. Das Geschäftsprozessmanagement wird in geringerem Maße in die Organisation getragen und leidet aufgrund des Wegfalls notwendiger Veränderungsmanagementmaßnahmen.

Im Weiteren führt dies beim Projekt „Kommunales Call-Center“ / „115-Verband“ dazu, dass die Mitarbeit im 115-Verband sowie die Koordination der konzeptionellen Zusammenarbeit mit anderen Kommunen auf 40% reduziert wird. In diesem Kontext verzögern sich auch Verhandlungen mit der Stadt Germering bezüglich einer 115-Kooperation.

Koordinierend für das gesamte Direktorium arbeitet die Geschäftsleitung D-GL1 am Konzept für die zukünftige Arbeitsgestaltung im Verwaltungsbereich der LHM (SV-Nr. 20-26 / V 04641). Durch Abstimmungen im Umfeld des Projektteams konnte der vorgegebene Termin für die Rückmeldung an das Kommunalreferat aufgrund anderer dringlicher Prioritätensetzung nicht eingehalten werden. Eine vollumfängliche Rückmeldung wird erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein.

Abschließend wird festgestellt, dass über die vorgenannten Bereiche hinaus viele weitere Bereiche betroffen sind, um die hohe Anzahl an Abstimmungen insgesamt sicherstellen zu können. Dies führt allenthalben zu Qualitätsreduzierungen, längeren Bearbeitungszeiten und teilweise dem kompletten Zurückstellen einzelner Themen mit Implikationen für andere Fachabteilungen innerhalb des DIR, anderen Referaten und auch Dritten außerhalb der LHM.

Sollten noch weitere Abstimmungen erforderlich sein, müsste überlegt werden, künftig auch andere, bisher verschonte Bereiche einzubeziehen (z.B. Schließung der Stadtinformation).

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

IV. Wv. Direktorium D-GL1

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An**
An
An
z. K.

Am